

**Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung Spandau
XIX. Wahlperiode**



Antrag

Nr. **0271/XIX**

TOP

Ursprung: **Antrag**
Initiator: **Piraten**

Beratungsfolge:

Datum	Gremium /Sitzung	Beratungsstand
13.06.2012	BVV 012/XIX(BVV)	

Ombudsleute sollen im Jobcenter Spandau vermitteln

Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen:

Das Bezirksamt Spandau wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass im Jobcenter Spandau die Stelle einer/s ehrenamtlichen Beauftragten (Ombudsmann/-frau) für die Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II eingerichtet wird.

Bei der Einrichtung der Stelle sollte man auch die gemachten Erfahrungen der Bezirke Mitte, Zehlendorf-Steglitz und Charlottenburg-Wilmersdorf berücksichtigen.

Berlin, den 04.06.2012

Paolini
Fraktionsvorsitzender

Begründung

Helmut Kleebank hat unter anderem mit dieser Forderung in 2011 seinen Wahlkampf betrieben (Chefsache Jobcenter). Offensichtlich erfolgreich. Herr Kleebank ist inzwischen sowohl Bezirksbürgermeister als auch Vorsitzender der Trägerversammlung des Jobcenters. Leider wurde die besagte Stelle bisher nicht eingerichtet. Dies möge nun zeitnah geschehen.

Ombudsleute, die den Bürgern objektiv die Bescheide erklären, sind notwendig im Jobcenter. Jens Regg (Geschäftsleitung der Regionaldirektion Arbeitsagentur Berlin-Brandenburg) führt dazu aus: "Einen Bescheid rechtssicher und bürgerfreundlich zu formulieren, ist bei der derzeitigen Rechtslage schier unmöglich".

Ein Ombudsverfahren ist außerdem unbürokratischer und stellt in der Regel eine größere und vertrauensvollere Akzeptanz für die Entscheidung her. Ferner können Gerichtsverfahren verhindert und damit Kosten eingespart werden.

Annahme mit Änderung Ablehnung zurückgezogen

Überweisung in den Ausschuss GOA EuB HPR BuV BuK BüO Ges NUG
 Soz Spo Sta Wir ZSW Int JHA